

Europäische Union | 14.12.2020 | Lesezeit 3 Min.

Weniger Kinder in der EU

Schon in den vergangenen 25 Jahren ist die Zahl der Minderjährigen in der EU deutlich zurückgegangen. Und die Geburtenzahlen versprechen keine Besserung. Mit Ausnahme von Irland, Luxemburg und Frankreich sind sie in allen Mitgliedsstaaten rückläufig, die Spanne ist allerdings sehr groß.

Als Deutschland Ende der 1950er Jahre über eine große Rentenreform diskutierte, sagte der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer den inzwischen legendären Satz: „Kinder kriegen die Leute immer.“

Längst ist klar, dass das ein großer Irrtum war - und welche Folgen ein Mangel an Kindern hat. Denn sie sind die Arbeitskräfte von morgen, sie finanzieren mit ihren Steuern den Staat und über ihre Beiträge die gesetzlichen Sozialversicherungen. Nicht nur in Deutschland gerät dieses System zunehmend an seine Grenzen, denn fast in der gesamten EU-27 entscheiden sich die Menschen immer öfter, keine Kinder zu bekommen:

EU-weit ist die Zahl der unter 18-Jährigen von 1994 bis 2019 um gut 15 Prozent zurückgegangen.

Die Entwicklungen in den einzelnen Ländern waren jedoch extrem unterschiedlich. Die Spanne reicht von plus 39 Prozent in Luxemburg bis zu minus 48 Prozent in Litauen. In Deutschland lag das Minus mit gut 14 Prozent etwas unter dem EU-Durchschnitt.

Große Unterschiede in der EU

Auch mit Blick auf verschiedene Altersgruppen driften die EU-Länder zum Teil stark auseinander:

Unter Sechsjährige. Während die Zahl der unter Sechsjährigen von 1994 bis 2019 in Luxemburg um fast 27 Prozent und in Irland um rund ein Fünftel gestiegen ist und Belgien, Spanien sowie Schweden zumindest kleine Zuwächse hatten, gingen die Zahlen in den anderen 22 EU-Ländern zurück. Am größten war das Minus mit fast 45 Prozent wiederum in Litauen - in Deutschland betrug der Rückgang knapp 12 Prozent.

In der EU ist die Zahl der unter 18-Jährigen von 1994 bis 2019 um gut 15 Prozent zurückgegangen.

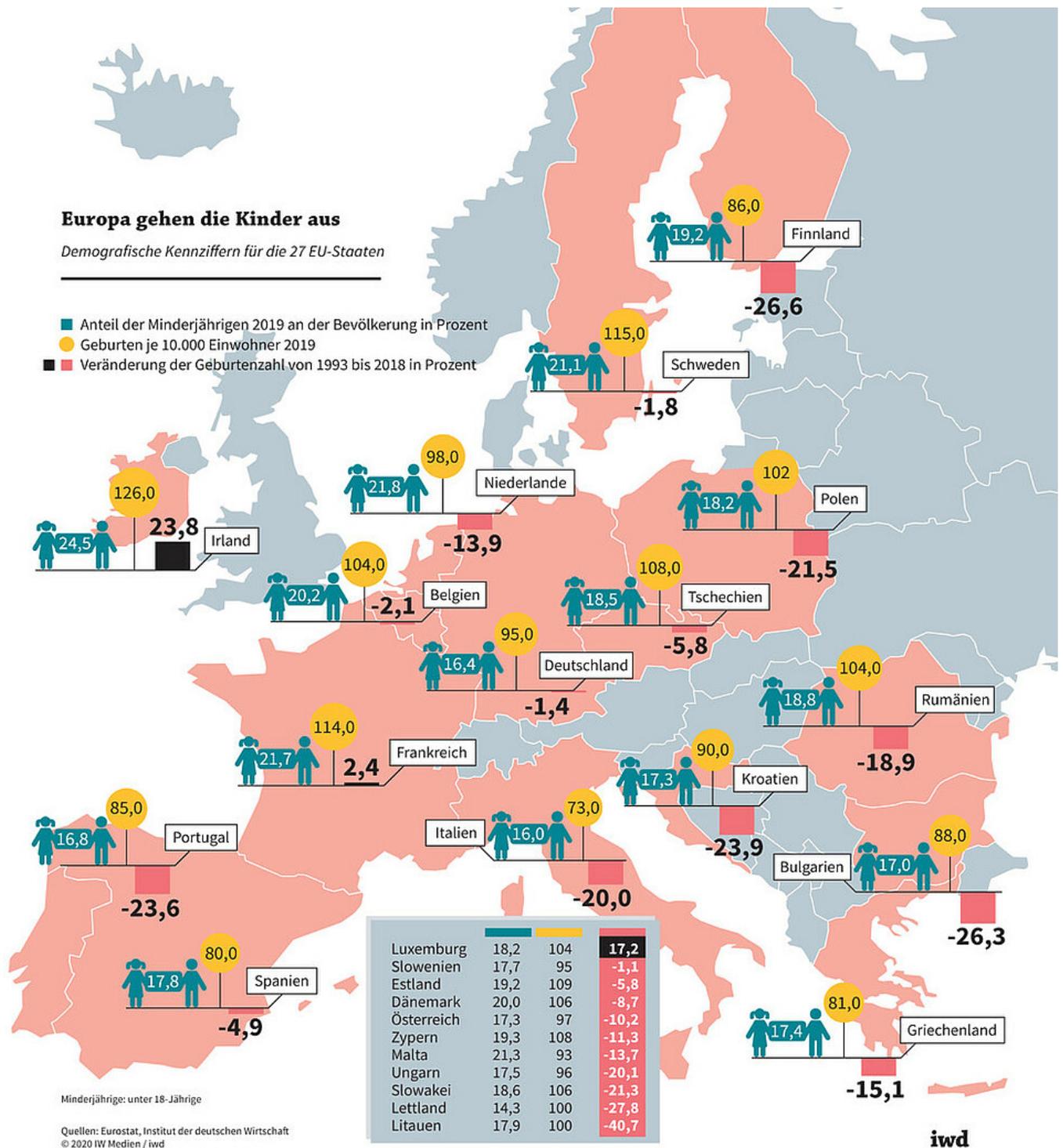
Betrachtet man jedoch nur die vergangenen zehn Jahre, hellt sich das Bild etwas auf: Immerhin zwölf der 27 EU-Länder verzeichneten von 2009 bis 2019 einen Anstieg; Deutschland hatte mit gut 12 Prozent nach Malta, Luxemburg und Schweden den viertgrößten Zuwachs an unter Sechsjährigen.

Zwölf- bis 17-Jährige. Bei den Minderjährigen, die dem Eintritt ins Arbeitsleben am nächsten stehen, zeigt sich für die Jahre 1994 bis 2019 noch eine ähnliche Entwicklung wie bei den unter Sechsjährigen: Nur sechs EU-Staaten hatten am Ende des Zeitraums mehr Zwölf- bis 17-Jährige als am Anfang, alle anderen weniger.

In der kürzeren Zehnjahresfrist jedoch fehlt bei den Zwölf- bis 17-Jährigen ein positiver Impuls wie bei den Jüngsten: Nur acht EU-Länder verzeichneten zwischen 2009 und 2019 Zuwächse - und die waren mit 0,5 bis knapp 11 Prozent zudem wesentlich geringer. EU-weit betrug der Rückgang in dieser Altersgruppe fast 5 Prozent, in Deutschland waren es 8 Prozent.

Die zuvor skizzierten Trends führen dazu, dass die unter 18-Jährigen in den EU-Ländern oft nur noch eine recht kleine Minderheit sind. Dies gilt auch und ganz besonders für Europas größte Volkswirtschaft (Grafik):

Nur in Lettland und Italien war der Anteil der Minderjährigen an der Bevölkerung 2019 noch kleiner als in Deutschland, wo 16,4 Prozent der Einwohner jünger als 18 Jahre waren.



Wie es mit dem Kindersegen in der EU weitergeht, lässt ein Blick in die Geburtenstatistik erahnen, auch wenn die EU-weiten Daten hier nur bis zum Jahr 2018 reichen.

Demografie-Vorsorge ist nötig

Das EU-Land mit der niedrigsten Geburtenrate ist ausgerechnet das einst so kinderliebende Italien, wo 2018 auf 10.000 Einwohner nur 73 Geburten kamen. Mit

Spanien und Griechenland folgen zwei weitere Südländer. Am anderen Ende des Baby-Rankings finden sich Irland, Frankreich und Estland, wo zwischen 109 und 126 Geburten pro 10.000 Einwohner gezählt wurden. Deutschland liegt mit 95 Geburten trotz der positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren nur auf dem Niveau des EU-Durchschnitts.

Auf die Folgen dieser niedrigen Geburtenraten müssen sich Deutschland und die anderen besonders betroffenen EU-Länder vorbereiten. Zur Demografie-Vorsorge gehört vor allem, die sozialen Sicherungssysteme so weiterzuentwickeln, dass sie auch bei deutlich weniger Beitragszahlern und mehr Leistungsbeziehern funktionsfähig bleiben.

Zuwanderung kann zwar viele Lücken verringern, die durch fehlende Kinder entstehen, oft haben Migranten aber nicht dasselbe Qualifikationsniveau wie die EU-Bürger – zudem können die Zugezogenen wieder in ihre Heimat zurückkehren oder weiterwandern.

Deshalb ist es wichtig sicherzustellen, dass möglichst alle jungen Leute in Europa jenes Qualifikationsniveau erreichen, das für eine erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt erforderlich ist.

Kernaussagen in Kürze:

- EU-weit ist die Zahl der unter 18-Jährigen in den vergangenen 25 Jahren zurückgegangen.
- In Deutschland lag das Minus mit gut 14 Prozent etwas unter dem EU-Durchschnitt.
- Wegen der niedrigen Geburtenraten müssen die Länder Demografie-Vorsorge betreiben.